

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2013/2014;

**hier: Experten zur Bekämpfung des Extremismus
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2013/2014 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 03 17 Tit. 422 01 wird der Ansatz für das Jahr 2013 um 560.000 Euro von 52.751.500 Euro auf 53.311.500 Euro und für das Jahr 2014 um 1.100.000 Euro von 55.686.700 Euro auf 56.786.700 Euro erhöht, um damit 20 Stellen für Spezialisten zur Bekämpfung extremistischer Kriminalität zu schaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Die ohnehin immer noch knappe Personaldecke bei der bayerischen Polizei reicht nicht für komplizierte und arbeitsintensive Spezialaufgaben im Bereich des Extremismus aus. Das zeigt sich im Augenblick sehr deutlich bei der Aufklärung der mutmaßlich rechtsextremistisch motivierten Morde, die der Bewegung nationalsozialistischer Untergrund zugerechnet werden. Extremismus ist aber nicht auf Rechtsextremismus reduziert. Es ist notwendig, dass für Prävention und Strafverfolgung in diesem Bereich Polizeibeamte nicht aus dem normalen Betrieb abgezogen werden müssen (und damit die Arbeit dort geschwächt wird), vielmehr bedarf es zusätzlich eigens für diesen Bereich ausgebildeter polizeilicher Spezialisten.